

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr. TOP:	188 2
	Verhandlung	Drucksache: GZ:	

Sitzungstermin:	11.05.2016
Sitzungsart:	öffentlich
Vorsitz:	OB Kuhn
Berichterstattung:	der Vorsitzende
Protokollführung:	Herr Häbe pö
Betreff:	Filialstruktur der BW Bank: Infrastrukturmix sichern - Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion Nr. 92/2016 vom 18.03.2016

Der im Betreff genannte Antrag sowie die Stellungnahme des Herrn Oberbürgermeisters vom 25.04.2016 sind dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

OB Kuhn berichtet, in seiner Stellungnahme habe er auf die Pressemitteilung der LBBW vom 23.03.2016 rekurriert. Dort seien die im Jahr 2016 vorgesehenen Änderungen im Filialbereich dargestellt worden. Im Aufsichtsrat der BW Bank sei die Frage, wo Vereine ihr Bargeld (Geldbomben) abliefern können, besprochen worden. Dabei habe der Vorstandsvorsitzende der Bank, Herr Horn, zugesagt, dass die Stuttgarter Vereine eine Liste mit entsprechenden Informationen erhalten. Weiter verweist der Oberbürgermeister auf die Ausführungen von Herrn Horn in der VA-Sitzung am 09.12.2015, nicht öffentliche, vertrauliche NNr. 538 "LBBW - das Privatkundengeschäft der Bank - mündlicher Bericht". An der damaligen Grundlinie der Bank habe sich nichts verändert.

Von StR Pfeifer (SPD) wird der Antrag erläutert. Der Bericht von Herrn Horn im Dezember sei der Auslöser gewesen, dass sich seine Fraktion des Themas Filialstruktur angenommen hat. Einigkeit bestehe darin, dass in Stuttgart die BW Bank die Sparkassenfunktion wahrzunehmen hat. Er bezieht sich dabei auf Aussagen im Rahmen der heutigen Beratung zum Tagesordnungspunkt 1 "LBBW/Hauptversammlung", heutige öffentliche NNr. 187.

Aus dieser Aufgabenstellung würden sich Erwartungen und Hoffnungen ergeben. Außer Frage stehe, dass sich die Geschäftsfelder und Organisationsstrukturen der Bank sowie das Kundenverhalten verändern. Originäre Aufgabe einer Bank sei es, sich, nicht zuletzt nach wirtschaftlichen Kriterien, zu optimieren.

Aus städtischer Sicht würden sich daraus ebenfalls Konsequenzen ergeben. Die Stellungnahme des Oberbürgermeisters entspreche den Vorgaben der Bank. Kritisiert werde, dass dabei die Position, dass Bankfilialen keine Rolle bei der Nahversorgung und der örtlichen Infrastruktur spielen, völlig unkritisch übernommen worden sei. Vor Ort zeige sich, dass dies nicht zutreffe. Bekanntlich gehörten zu einer funktionierenden Nahversorgung viele Partner. Je mehr wegbrechen, umso mehr sei die örtliche Nahversorgung gefährdet. Hier habe sich seine Fraktion von der Verwaltung mehr Sensibilität in der Beurteilung der einzelnen Standorte gewünscht. So habe man sich von der Stadtverwaltung beispielsweise die Untersuchung von ÖPNV-Verbindungen erwartet. In wenigen Wochen schließe das SB-Center beim Breuninger. Fakt sei, dass dann im Bereich des Marktplatzes eine solche Einrichtung fehlt. Diesbezüglich stellt er die Frage, ob es im Umfeld des Rathauses keine Möglichkeit gibt, einen BW Bank-Geldautomaten zu installieren.

Anschließend legt OB Kuhn Wert darauf, dass mit dem Antrag nicht die Untersuchung einzelner Quartiere beantragt wurde. Eine solche Untersuchung könne die Verwaltung vornehmen, dies wäre allerdings sehr kompliziert und aufwendig, da dann nicht nur bei den 23 Stadtbezirken, sondern auch bei den vielen Stadtteilen folgende Fragen geprüft werden müssten: Wie stellt sich die Infrastruktur dar? Welche Rolle spielt eine Bankfiliale? Welche ÖPNV-Anbindung und welche Wochenmärkte/Einzelhändler etc. sind vorhanden? Damit würde die Verwaltung extrem beschäftigt. Dies würde bedeuten, dass Masterpläne für das gesamte Stadtgebiet analog des Masterplans für den Stadtbezirk Untertürkheim erarbeitet werden müssten. Sollte der Wunsch bestehen, Einzelstandorte zu diskutieren, müsste Herr Horn nochmals eingeladen werden. Insgesamt mache die BW Bank derzeit mit dem Privatkundengeschäft Verluste. Daher müsse die Bank, wie andere Banken auch, ihre Filialstruktur verändern und Investitionen in E-Banking etc. vornehmen. Gewinne würden im Unternehmenskundengeschäft und in geringem, aber ansteigendem Umfang im Wealth Management erzielt. Sollte der Wunsch bestehen, stadtweit die Infrastruktur zu beleuchten, wolle er dieses angesichts des Umfangs einer solchen Aufgabe zunächst im Ältestenrat besprechen.

Eine Bankfiliale zählt für StRin Ripsam (CDU) wie eine Schule sowie ein gastronomisches Angebot zu den Kernpunkten, die in einem Stadtbezirk vorhanden sein sollten. Daher sei es schmerzlich, wenn an verschiedenen Stellen in der Stadt diese Kernpunkte nicht mehr in vollem Umfang vorhanden sind. Neben dem wirtschaftlichen Aspekt müsse auch die demografische Entwicklung beachtet werden. Viele ältere Menschen seien nicht in der Lage, ihre finanziellen Angelegenheiten mit E-Banking zu regeln. Für die Stadträtin besteht ein Zusammenhang zwischen einer Bankfiliale und anderen Geschäften der Nahversorgung. Von daher sollte vielleicht schon überlegt werden, wo die Schließung einer Bankfiliale große negative Auswirkungen nach sich zieht. Herr Vetter sollte heute mitnehmen, wie bedeutsam dieses Thema für den Gemeinderat ist. Der Gemeinderat müsse als Vertreter der Bürgerschaft, obwohl die finanzielle

Leistungsfähigkeit der Bank nicht überstrapaziert werden kann, die Interessen der Bürger vertreten.

Tendenziell, so StRin Münch (90/GRÜNE), trage ihre Fraktion den von der Bank eingeschlagenen Weg mit. Sie spricht die Spannungsbögen internetaffin/nicht internetaffin und Nahversorgung/wirtschaftliches Handeln der Bank an. Es gebe schon Bürger, die ihre Angelegenheit direkt bei einer Bank regeln. Andererseits sei das Filialnetz der BW Bank in Stuttgart sehr dicht, sodass Reduzierungen durchaus nachvollziehbar seien. Nach der Umsetzung der vorgestellten Pläne werde die BW Bank im Vergleich zu Mitbewerbern immer noch über ein dichteres Filialnetz verfügen. Ihrer Fraktion sei es wichtig, dass in Zweifelsfällen die Bank sich mit der Stadtverwaltung (Stadtplanungsamt, OB/82) abstimmt. Wie StRin Ripsam spricht auch sie von einer nicht gerade umfangreichen Stellungnahme der Verwaltung.

StR Pfeifer zitiert aus dem Antrag: ... zu Berichten, wie sich Änderungen eventuell auf das Gesamtangebot der örtlichen Infrastruktur auswirken". Diese Formulierung beinhalte einen klaren Auftrag, allerdings nicht dergestalt, dass stadtweit ein Masterplan erstellt werden soll. Die Stellungnahme der Verwaltung sei zu dünn ausgefallen. Das eine oder andere hätte die Verwaltung bei der Bank nachfragen können.

Die Pläne der BW Bank im Filialbereich werden von StR Rockenbauch (SÖS-LINKE-PluS) im Namen seiner Fraktionsgemeinschaft abgelehnt. Das Geplante, nur ein Drittel der Filialen werde unverändert bestehen bleiben, werde sich negativ auf die Nahversorgung in den Stadtbezirken/Stadtteilen auswirken. Natürlich gehe derzeit der Trend in Richtung E-Banking, aber eine Bank wie die BW Bank habe durchaus die Möglichkeit, als Trendsetter aufzutreten. Die BW Bank könne sich dadurch ein Alleinstellungsmerkmal erarbeiten, indem sie den Auftrag der öffentlichen Daseinsvorsorge konsequent umsetzt. Die Verluste der BW Bank im Privatkundengeschäft führt er auf Restrukturierungskosten und IT-Investitionen, also auf einmalige Kosten, zurück. Für ihn hat der Gemeinderat keinen Einfluss auf die Planungen der Bank. Wenn das Thema Daseinsvorsorge von der BW-Bank ausgeklammert würde, müsste der Gemeinderat z.B. Überlegungen verfolgen, ein städtisches Sparkassenangebot zu entwickeln.

Auf zum Teil ebenfalls in den Stadtbezirken aktive andere Banken wie die Volksbanken weist StRin von Stein (FW) hin. Sollten sich nach einem Rückzug der BW Bank in einem Stadtbezirk Bedarfe auftun, werde der Markt dies regeln. Sofern seitens der Stadt eine Untersuchung erfolgen sollte, müssten auch die anderen Banken mit ihren Geldautomaten einbezogen werden.

Natürlich, damit pflichtet StR Dr. Oechsner (FDP) StR Rockenbauch bei, müsse die BW Bank innovative Geschäftsmodelle, z. B. im Bereich Energiewende für mittlere Einkommensbezieher, anbieten. Dazu seien jedoch keine Filialen erforderlich. Indem er sich auf die Kunden seiner Apotheke bezieht, berichtet er weiter, auch ältere Menschen würden vermehrt mit EC-Karten bezahlen. Frequenzbringer in den Stadtbezirken seien nicht die Bankfilialen, sondern die Discounter. Die Stadt müsse als Miteigentümer der LBBW und der BW Bank erwarten, dass defizitäre Geschäftsfelder überdacht werden. Da Kundenberater der BW Bank auf Wunsch aktuell auch Kunden privat außerhalb der normalen Öffnungszeiten aufsuchen,

stelle sich schon die Frage, ob die Aufregung im Zusammenhang mit der Umstrukturierung des Filialnetzes angebracht ist.

Auf StR Pfeifer eingehend berichtet der Vorsitzende, nachdem er den Antrag und den Antwortvorschlag der Verwaltung gelesen habe, sei von ihm die Beantwortung/die Stellungnahme als ausreichend angesehen worden. Aufgezeigt werde von der Verwaltung, dass die entsprechenden Veränderungen im Jahr 2016 bis auf die Schließung bei Breuninger in der Regel vorsehen, dass weiterhin Automaten oder Beratungszentren bestehen. Der Unterschied zu der bisherigen Situation sei, dass Kunden in Beratungszentren nur bedient werden, wenn vorab ein Termin vereinbart wurde. Schon bisher sei es natürlich auch schon so, dass wenn ein Kunde ohne Termin vorbeischaue und ein längeres Beratungsgespräch wünscht, zunächst ein Termin vereinbart wurde. Vor diesem Hintergrund habe er die Beantwortung sowie die vorgenommene kurze Bewertung als ausreichend angesehen. Er regt an, im Zusammenhang mit dem für den Stadtbezirk Untertürkheim vorgesehenen Masterplan exemplarisch darzustellen, was methodisch gegebenenfalls untersucht werden kann und was nicht.

Für EBM Föll ergeben die Wortbeiträge zum Teil den falschen Eindruck, als ob sich die BW Bank aus der Fläche zurückzieht. Das von der BW Bank verfolgte Konzept trägt seiner Auffassung nach durchaus dem Spannungsfeld, in dem sich die Bank bewegt, Rechnung; die Bank bleibe doch vor Ort präsent. Das von der Bank vorgehaltene Angebot werde lediglich der Nachfrage angepasst. Für die Bank wäre es einfacher gewesen, sich aus einigen Standorten komplett zurückzuziehen. Dies wäre rein betriebswirtschaftlich betrachtet die bessere Vorgehensweise gewesen.

Zum Wegfall des Breuninger-Standorts fährt der Erste Bürgermeister fort, Herr Horn habe im Dezember 2015 mitgenommen, und seitens der Verwaltung sei diesbezüglich ebenfalls eine Zusage erfolgt, dass das Thema "Geldautomat im Umfeld des Marktplatzes" bearbeitet gehört. Eine Lösung sei noch nicht gefunden. Dies hänge auch mit verschiedenen anderen Entwicklungen um den Marktplatz zusammen, aber an einer Lösung werde gearbeitet. Diesbezüglich zeigt er sich optimistisch.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, schließt OB Kuhn diesen Tagesordnungspunkt ab.